

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

21. Jahrgang

Berlin, den 2. April 1954

Nummer 14

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die konjunkturelle Signatur

Aus der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 wird der Konjunkturforschung noch immer unterstellt, sie stoße schon Cassandra-Rufe aus, wenn sie nur auf schwierige Konstellationen hinweist. Die Abwehrhaltung, die diese Furcht vor angeblicher Schwarzseherei begreiflicherweise erzeugt, hat zur Folge, daß man sich vielfach auf der einen Seite über die tatsächliche konjunkturelle Lage geradezu ängstlich und bewußt nicht aufklären lassen will und andererseits, wenn man einmal doch der gewandelten Situation entsprechend etwas Richtiges tut, man vielfach bemüht ist, zu beweisen, man tue in Wirklichkeit etwas ganz anderes.

Ein Beweisstück für dieses Phänomen ist der vor kurzem erschienene Bericht des Federal Reserve Board der Vereinigten Staaten von Amerika über seine Politik im Jahre 1953, in dem jetzt endlich klar gesagt wird, daß man im Frühjahr und Sommer 1953 wieder zur „easy-money“-Politik übergegangen sei, was man 1953 zwar tatsächlich tat, aber damals geradezu abstritt. Die Konjunkturforschung hat aber mit Cassandra-Rufen, durch die eine solche Ablehnung ihrer Forschungsergebnisse hervorgehoben wird, nichts zu tun. Sie kann und will gar nicht „in die Zukunft sehen“. Was sie will und kann, ist, Probleme erkennen, die schon bestehen, und solche, die sich erst zu entwickeln beginnen, und über sie aufklären, damit die Konjunkturpolitik der Unternehmer und ihrer Verbände, ferner die des Staates, aber auch die der Vertretungen der Arbeitnehmer, ihnen besser gewachsen sein kann.

Aus diesem Grunde hat es also möglicherweise bedenkliche Folgen, wenn man es ablehnt, die jeweilige konjunkturelle Signatur der Zeitspanne, in der man steht, anzuerkennen. Weil aber die Erkenntnis dieser Signatur nur von Vorteil ist, wird im folgenden versucht, sie in großen Zügen aufzuzeigen.

I.

Das entscheidende Signum der neuen Konjunkturphase in der westlichen Weltwirt-

schaft, die schon etwa 1952 begonnen hat, besteht darin, daß der starke Anstieg der Investitionen, dem der außergewöhnliche Nachkriegskonjunkturaufschwung in erster Linie zu verdanken war, im großen und ganzen zum Abschluß gekommen ist, und zudem auch die starke Steigerung des öffentlichen Bedarfs, die 1950 nach dem Ausbruch der Korea-Krise noch einmal eingesetzt hatte, zunächst einmal im Laufe des Jahres 1953 erwartungsgemäß ihren Kulminationspunkt überschritten hat. Infolgedessen ist der Aufschwungssog, der von dem gesamten Block Investitionen plus öffentlicher Bedarf vor allem deshalb ausging, weil er einerseits sehr weitgehend nicht aus vorher bestehenden Einkommen finanziert zu werden brauchte und also zum großen Teil durch Kreditexpansion (zusätzlich) zu finanzieren war, andererseits aber Einkommen schuf, nun nahezu geschwunden. Der Anteil der gesamten, nicht dem privaten Verbrauch zugeführten Güter und Dienste (Bruttoinvestitionen plus Staatsbedarf) am Bruttosozialprodukt der Vereinigten Staaten zum Beispiel war auf 37,4 vH im Jahre 1953 angewachsen. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß diese Quote am Sozialprodukt natürlich nicht endlos wachsen kann; Tatsache ist, daß sie schon im Laufe des vergangenen Jahres sich wieder zu verringern begann — zum Teil übrigens infolge der an sich richtigen Bestrebungen, den Staatsbedarf zu reduzieren. Damit hängt das weitere Wirtschaftswachstum jedoch davon ab, ob der private Verbrauch, dessen Quote am Sozialprodukt in den Aufschwungsjahren kontinuierlich und stark zusammengepreßt worden war, auch ohne den starken einkommenschaffenden Effekt wachsender Investitionen und Staatsausgaben kräftig sich selbst erhöhen oder erhöht werden kann. Die Möglichkeiten hierfür sind ziemlich begrenzt, da die Verbrauchsausgaben der großen Masse den Hauptblock des Verbrauchs finanzieren und ihrerseits besonders eng von dem Masseneinkommen abhängen, das jetzt durch diese Verbrauchsausgaben und die laufenden Investitionen und Staatsausgaben gerade etwa wieder noch annähernd reproduziert, aber nach

Erlahmung der oben genannten Expansionsfaktoren eben nicht mehr recht expandiert wird.

Die konjunkturabbremssende Wirkung dieser Situation ist mehr oder weniger ausgeprägt in nahezu allen großen Industrieländern der westlichen Weltwirtschaft zu erkennen, vor allem in den Vereinigten Staaten, und sie bestimmt damit gegenwärtig das Grundklima der Konjunktur in der gesamten westlichen Weltwirtschaft. Im Zusammenhang damit ist zwar vielfach eine deutliche Konjunkturabschwächung schon eingetreten — in den USA sogar schon eine deutliche „recession“ (ein kleiner Abschwung) —, aber beileibe noch nicht eine „Krise“, und eine solche braucht sich daraus auch keineswegs zu entwickeln und wird sich bei dem festen Willen der Regierungen, einem stärkeren Abschwung nicht tatenlos zuzusehen, vermutlich auch tatsächlich nicht einstellen. Aber Schwierigkeiten dürfte es vorläufig weiter in zunehmendem Maße geben.

II.

Die sekundären Charakteristika dieser Situation sind stark fallende Zinssätze, Tendenz zu defizitären öffentlichen Haushalten, wachsende lohnpolitische Spannungen bei sinkender Aussicht, Lohnsteigerungen noch durchzusetzen, und langsam, aber stetig wachsende Spannungen in den überseeischen Agrar- und Rohstoffgebieten. Die Verknennung dieser Signa der Situation könnte verhängnisvoll werden. Zum Teil sind sie Zeichen einer Selbstkorrektur der Wirtschaft, die nicht aufgehalten, sondern noch unterstützt werden müßte, zum Teil sind sie aber auch in der Tat Frühalarmsignale, die zu höchster Wachsamkeit aufrufen sollten.

Zu den gesunden Reaktionen gehören die Zinssenkung und u. E. — richtig verstanden — auch die Tendenz zu vorübergehend defizitärer Entwicklung der öffentlichen Haushalte und an sich sogar das Bestreben nach kontinuierlicher weiterer Steigerung der Löhne.

Die Zinssenkung ergibt sich aus dem Freiwerden von Mitteln der Wirtschaft infolge etwas nachlassender Produktionsanspannung, also vor allem aus Lagerabbau; sie ergibt sich noch mehr (von der Kreditnachfrage her) aus dem Druck der zurückgehenden Gewinne („Realverzinsung“ des Unternehmerkapitals) und des wachsenden „echten“ Sparens (aus Lohn und Gehalt also). In den nicht-amerikanischen Industrieländern der westlichen Weltwirtschaft geht sie natürlich auch auf die zum Teil kräftige Entspannung der Devisenbilanzen und die Anreicherung von Gold- und Devisenreserven zurück; doch sind dies nur internationale Ausgleichsfaktoren einer allgemeinen, durch die oben genannten Momente bestimmten Tendenz der Zinsentwicklung. Die faktisch seit mindestens Jahresfrist sich durchsetzende Zinssenkung ist eindeutig an den Diskontsätzen der Notenbanken und den Sätzen

am Geldmarkt abzulesen; aber auch auf den Kapitalmarkt greift sie über. Sie müßte sich allerdings gerade in Westdeutschland noch verstärkt durchsetzen, wenn den Unternehmern von der Finanzierungsseite die Erleichterungen zukommen sollen, die sie jetzt mehr als je benötigen, um das Niveau der Investitionen möglichst hochhalten zu können. Ängstliche Bestrebungen, den Kapitalzins (also zum Beispiel über den Zentralbankdiskont und den Geldsatz, die natürlich mit dem Kapitalmarkt in Zusammenhang stehen) vor weiterem Abgleiten bewahren zu wollen, könnten sich bald als noch verhängnisvoller erweisen, als es die Diskonterhöhung in USA Anfang 1953 schon war. Andererseits sind zum Beispiel in Westdeutschland keine ernsthaften Argumente gegen eine weitere Diskontsenkung anzuführen, viele aber dafür. Vor allem ist der Kapitalmarktsatz, der sich endlich wenigstens auf 7,5 vH einzuspielen beginnt, auch damit noch immer viel zu hoch! Daß das politische Risikomoment einen solchen Satz nicht stützt, zeigt das Beispiel von Holland und der Schweiz, die im in Frage stehenden äußersten Falle sicher gerade so gefährdet wären wie Westdeutschland. Gegen einen (im internationalen Vergleich immer noch respektablen) Kapitalmarktsatz von zum Beispiel 4 bis 5 vH für Westdeutschland ist kein durchschlagendes Argument anzuführen. Ein drastisches Herabgehen im Zinssatz durch einen Groß-Emittenten würde auf dem Kapitalmarkt Wunder wirken und den nur noch institutionell verhärtet hochgehaltenen Kapitalzins in kürzester Zeit allgemein herabdrücken — sehr zum Segen der deutschen Wirtschaft.

Die erwähnte Drosselung oder gar Erlahmung der Aufschwungskräfte ließ die Wirtschaft — mit Recht — gerade jetzt nach kräftiger steuerlicher Entlastung rufen. Ebenso — und noch mehr — bedurfte und bedarf jetzt der Konsum einer Förderung durch die öffentliche Hand (zum Beispiel durch Senkung der Lohnsteuer usw.), bis er wieder — vielleicht auf einer niedrigeren Relation zum gesamten Sozialprodukt als heute — von stetig wachsenden Investitionen seine normale Expansionsantriebe erhält. Wenn sich die öffentliche Hand — besonders zum Beispiel dort, wo sie, wie in Amerika zur Zeit schon, im Defizit ist — gerade jetzt gegen eine vorübergehende Verschlechterung ihres Status, der als Folge dieser Anforderungen an sie eintreten könnte, wehrt, so blockiert sie damit geradezu die krisenfreie Umstellung auf einen normalen weiteren Wirtschaftsanstieg bei etwas niedrigerer Investitionsquote am Sozialprodukt; ein Erfolg einer solchen Abwehr würde allerdings die Wirtschaft in der Tat an den Rand der Krise bringen können, von dem sie der Staat dann nur noch mit dem Einsatz sehr großer Mittel (= Defizite) würde zurückreißen können — und müssen!

Das schwierigste Kapitel ist die Lohnpolitik. Daß gerade jetzt von der Belebung des

Konsums vielleicht alles abhängt, wurde oben dargelegt. Es wäre also wohl katastrophal, wenn der Übergang zum „Käufermarkt“ am sog. „Arbeitsmarkt“ gerade jetzt dazu führen würde, selbst die normalen Lohnsteigerungen (im Ausmaß des Produktivitätszuwachses) zu unterbinden. Es müßte sogar jetzt eigentlich noch mehr zugestanden werden. Aber heute würde die Lohn-Kosten-Preis-Situation für sich allein eine stärkere Lohnsteigerung kaum mehr verkraften können ohne negative konjunkturelle Rückwirkungen. Auch hier muß vor allem wohl von der Öffentlichen Hand her das günstige allgemeine Konjunkturklima geschaffen werden, damit die der Lage entsprechenden Lohnerhöhungen durchgesetzt und ohne negative Wirkungen von der Wirtschaft auch verdaut werden können.

III.

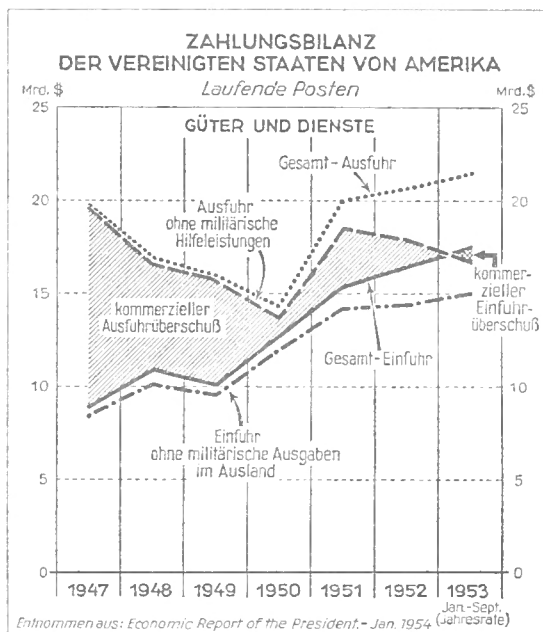
So bietet das Bild der innenwirtschaftlichen Konjunktursituation der führenden Industrieländer keine unlösbaren Probleme — und jedes Gerede von einer zwangsläufig bevorstehenden Krise hat daher kein Fundament in den Tatsachen.

Etwas schwieriger ist dagegen doch schon die Situation „draußen“, d. h. in den Agrar- und Rohstoffgebieten der Erde. Sie sind bei ihrer Armut und ihrem starken Bevölkerungswachstum auf rapides allgemeines Wirtschaftswachstum angewiesen. Vielfach hat ihnen aber selbst die starke Nachkriegsbelebung der Weltkonjunktur noch keine Verbesserung ihres Lebensstandards gegenüber der Vorkriegszeit gebracht. Die „Atempause“, die die 1952/53 beginnende, oben geschilderte Umstellung in den Hauptindustrieländern für die gesamte westliche Weltwirtschaft bewirkt hat, wird dementsprechend von den Agrar- und Rohstoffgebieten zumindest als schwer lastendes „lucrum cessans“ (entgangener Gewinn) empfunden. In gewissem Sinne sind also diese Länder in der Tat schon „in der Krise“, die eben jedesmal ein etwas anderes Gesicht hat als das vorausgegangene Mal. Wenn man beobachtet, welche Länder am Südrand Asiens zum Beispiel mehr und mehr seit ein bis zwei Jahren von politisch-sozialen Wirren heimgesucht werden, wird man sofort erkennen, daß hier nicht mehr nur warnende Cassandra-Rufe vor einer kommenden Gefahr ausgestoßen werden, sondern daß auf aktuelle Nöte und Spannungen hingewiesen wird, die man zwar nicht dramatisieren, aber noch weniger ungestraft unterschätzen darf.

IV.

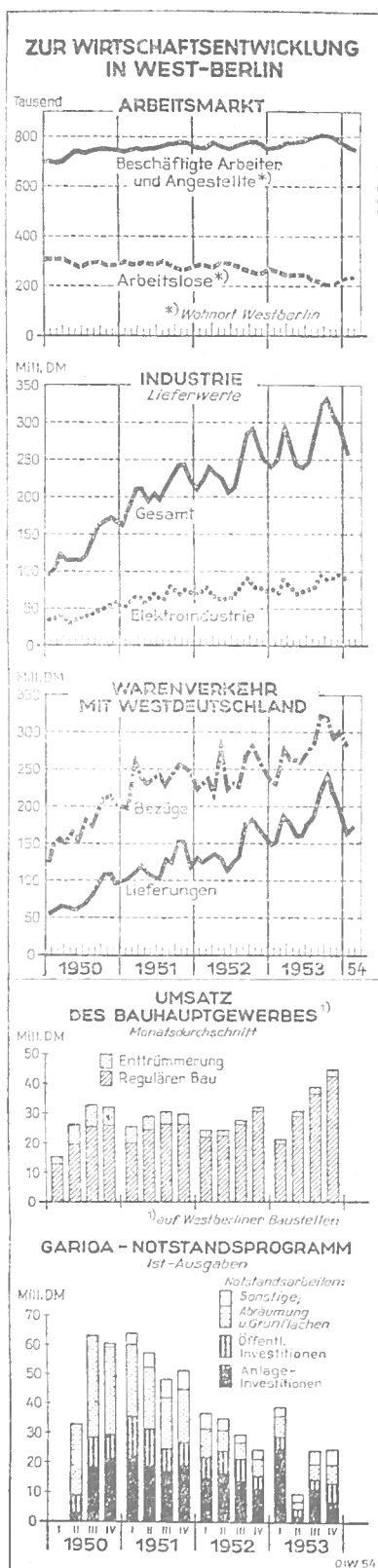
Aber noch fehlt ein Element im Bilde: Trotz der Unruhe in einigen Agrar- und Rohstoffgebieten ist die Widerstandskraft, die die westliche Welt gegenüber der amerikanischen „recession“ zeigt, groß und sie wäre erstaunlich, wenn es nicht so klar wäre, worauf sie beruht. Sie

beruht nicht so sehr auf der Wiedergesundung des vom Krieg heimgesuchten Westeuropa und den wirtschaftlichen Fortschritten da und dort in Übersee, als darauf, daß die negativen Rückwirkungen der amerikanischen Konjunktur auf die restliche westliche Weltwirtschaft bisher noch immer mehr als aufgewogen werden durch die stark wachsenden politisch bedingten Leistungen Amerikas für diese Gebiete und in der übrigen Welt. Ohne diese Leistungen wäre der zu ver-



zeichnende Zugang an Gold und Dollars in den monetären Reserven der nicht-amerikanischen Länder nicht eingetreten und die internationalen Rückwirkungen der amerikanischen „recession“ wären mehr oder weniger deutlich schon da. Nur unter diesem Aspekt ist zum Beispiel auch die anhaltend günstige Zahlungsbilanzsituation Westdeutschlands zu verstehen; sie ist also keineswegs in erster Linie der Ausdruck für eine sog. „Normalisierung“ und Gesundung der Außenwirtschaftsbeziehungen der westlichen Welt im allgemeinen und der westdeutschen im besonderen und noch weniger eine Garantie dafür, daß es nun so bleiben werde wie es ist. Noch mehr als im „klassischen“ Reaktionsmechanismus der absolut freien und interventionslosen Weltmarktwirtschaft, in dem ja Gold- und Devisenzugang letzten Endes zu einer so starken inneren Expansion führen müßte, daß von hier aus wieder starke Expansionskräfte auf die übrige Welt zurückstrahlten, sollte demnach nun bedacht werden, was durch die westdeutsche Konjunkturpolitik dazu beigetragen werden kann, um weniger die augenblickliche Sondersituation gründlich für eine deutsche Exportsonderkonjunktur auszunutzen, als die gesamte westliche Konjunktur so zu stärken, daß das konjunkturelle Glück weiter auf absehbare Zeit wirklich gesichert bleibt.

Westberliner Wirtschaftslage Mitte März 1954



Die Zunahme der Arbeitslosen hielt auch in der Berichtszeit an. Diese für die Jahreszeit ungewöhnliche Erscheinung auf dem Arbeitsmarkt ist jedoch ausschließlich auf außerkonjunkturelle Faktoren zurückzuführen. Während im Vorjahr die Bauwirtschaft dank der milden Wintermonate (Januar, Februar) die Außenarbeiten verstärkt fortsetzen und eine relativ hohe Beschäftigung halten konnte, mußte in diesem Jahre wegen des bis Anfang März herrschenden strengen Frostes die Arbeit erheblich eingeschränkt und eine beträchtliche Anzahl von Arbeitskräften entlassen werden. Allein im Bauhauptgewerbe sank die Beschäftigtenziffer von Dezember 1953 bis Januar 1954 um rd. 8500 gegenüber nur knapp 2000 im entsprechenden Vorjahrszeitraum. Dabei sank die Zahl der im Notstandsprogramm Beschäftigten in den Monaten Dezember 1953 bis Februar 1954 um rd. 6300 Personen, während sie um die Jahreswende 1952/53 fast unverändert geblieben war.

Insgesamt ging die Zahl der Beschäftigten in West-Berlin im Februar um rd. 5700 zurück, während sich die Arbeitslosenziffer nur um 4800 erhöhte. Die Differenz erklärt sich daraus, daß eine Anzahl von Erwerbspersonen, die aus der Arbeit ausschieden, sich nicht mehr als arbeitsuchend meldete.

Die Industrieproduktion ist im Februar gegenüber dem Vormonat — der saisonalen Entwicklung entsprechend — wieder angestiegen. Stellt man die Betrachtung auf die Werte ab und faßt, um Zufälligkeiten auszuschalten, jeweils die Ergebnisse für drei Monate zusammen, so ergibt sich für die Monate Dezember 1953 bis Februar 1954 ein Industrieumsatz von 847 Mill. DM gegen 734 Mill. DM zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die nominale Steigerung betrug demnach 15 vH. Die Warenlieferungen nach Westdeutschland nahmen im gleichen Zeitraum — gemessen an den Ursprungsbescheinigungen — von 461 Mill. DM auf 533 Mill. DM oder 16 vH zu. Der Export stieg um 39 vH, nämlich von 87 auf 121 Mill. DM.

Die angegebenen Daten berücksichtigen noch nicht die im Laufe des Jahres eingetretenen Preisrückgänge. Sie betragen im untersuchten Zeitraum für die Investitionsgüter 4 vH, für die Verbrauchsgüter 2 vH.

Die Produktionssteigerung der Westberliner Elektroindustrie betrug 1953 gegenüber 1952 nominal 10 vH, real 14 vH und war damit niedriger als die Zunahme der gesamten Industrieproduktion (real 17 vH). Entsprechend sank der Anteil der Elektrotechnik — gemessen am Umsatz der gesamten Westberliner Industrie — von knapp 30 vH in den Jahren 1950 bis 1952 auf 28 vH in 1953 ab. Gegenüber Westdeutschland hat sich die Westberliner Elektroindustrie behaupten können. Ihre Produktion betrug 1953 — wie auch in den beiden vorhergehenden Jahren — 14 bis 15 vH der Erzeugung der westdeutschen Elektroindustrie. Allerdings bezifferte sich die entsprechende Relation vor dem Kriege auf rd. 60 vH. Der Rückstand West-Berlins erklärt sich u. a. durch den ungleich stärkeren Fortschritt der westdeutschen Elektroindustrie. Während diese ihre Produktion bis 1953 gegenüber der Vorkriegszeit verdreifachen konnte, erreichte sie in Westberlin erst rd. zwei Drittel ihres Vorkriegsstandes.

In den Jahren 1951 bis 1953 betrug die reale Zunahme der Produktion in der Elektroindustrie 12 vH, während die Beschäftigung nahezu unverändert blieb. Die unterschiedlichen Fortschrittsraten von Produktion und Beschäftigung zeigen, daß die Westberliner Elektroindustrie durch intensive Rationalisierung ihre Produktivität stark erhöhen konnte.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung) im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—

— Hierzu 2 Zahlenbeilagen —

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1952		1953										1954		
			Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Anzahl der Werktage:			23,6	24,5	25,9	24	26	24	23	25,2	27	25,8	26	27	24,1	25	24,8
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit																	
Beschäftigte ¹⁾	BRD	1000	E	14953	15205	15205	15205	15205	15806	15806	16044	16044	16044	16044	15597	15597	15597
darunter weibliche ²⁾	BRD	vH	"	772	754	742	754	757	758	764	777	783	787	785	778	761	746
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern ³⁾	BRD	1000	"	42,6	43,0	43,3	42,5	41,9	41,7	41,8	41,7	41,8	41,8	41,7	41,7	41,8	42,6
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern ⁴⁾	BRD	vH	"	24,4	26,3	25,6	25,2	24,0	24,5	24,4	23,8	22,5	21,8	20,9	20,8	21,3	22,7
Unterstützte Arbeitslose ⁵⁾	BRD	1000	"	966	1370	1591	1581	1211	1054	973	909	866	811	796	806	912	1683
Arbeitsunfähige Kranke ⁶⁾	BRD	"	"	174	197	194	188	176	174	173	170	159	151	147	153	167	173
Offene Stellen b. d. Arb.-Ämtern ⁷⁾	BRD	"	"	498	518	847	847	502	476	469	499	514	526	540	557	519	515
" "																	

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit†)	1952 Dez.	1953												1954	
				Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Anzahl der Werkzeuge:			25	26	24	25	24	23	26	27	26	26	27	24	24	25	24
Zentralbank																	
Überweisungen 1) nach Westdeutschland . . .	W-B	Mill. DM	S	402,4	419,4	332,5	382,7	401,2	381,8	387,8	415,6	421,6	426,8	439,0	431,9	445,0	510,4
von Guthaben bei BDL . . .	"	"	E	342,1	302,4	240,6	308,9	286,1	258,9	297,9	300,5	278,7	325,3	349,9	305,3	374,6	423,1
	"	"	"	93,8	37,5	189,0	217,4	228,8	209,4	198,0	171,3	107,8	112,7	192,0	128,4	123,1	85,3
Notenumlauf an B-gest. Noten 2)	W-B	Mill. DM	E	587	592	610	617	627	620	627	632	630	634	639	640	664	.
Wechselkurse 3)	W-B	DM-Ost	D	5,26	5,35	5,87	6,13	5,75	5,58	5,73	5,39	4,98	4,51	4,35	4,51	4,46	4,18
Finanzen																	
Einnahmen aus Steuern . . .	W-B	Mill. DM	S	97,5	91,0	95,1	93,2	77,4	100,6	100,9	91,8	101,9	98,0	85,2	107,2	113,3	102,2
davon Umsatzsteuer . . .	"	"	"	20,2	29,0	19,0	19,2	23,2	20,8	20,6	24,2	21,5	22,4	26,3	25,1	23,4	32,9
GARIOA-Kredite . . .	"	"	"	—	—	160,0	—	30,0	—	6,0	—	5,0	—	95,0	—	—	—
ERP-Kredite . . .	"	"	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundeshilfe 4) . . .	"	"	"	78,4	72,4	101,8	119,0	117,2	102,3	94,3	101,0	106,6	115,4	84,7	82,0	92,9	72,6
Sparkasse, Spareinlagen . . .	W-B	Mill. DM	E	83,7	89,2	92,9	96,7	100,3	103,3	104,3	108,3	112,7	117,0	121,3	125,0	134,4	141,4
Kreditsicherheit																	
Konkursanträge . . .	W-B	Anzahl	S	39	54	42	43	54	32	70	38	49	43	49	49	34	73
Eröffnete Konkurse . . .	"	"	"	4	9	11	9	13	13	19	12	7	11	15	9	7	5
Lebenshaltungskosten-Index 5)	W-B	1938=100	"	159,3	160,4	157,9	157,2	156,3	156,2	155,8	156,5	157,4	156,7	156,3	156,5	156,3	156,1
Gesamtlebenshaltung . . .	"	"	"	177,3	182,4	176,6	176,0	174,1	173,8	174,5	174,9	177,2	176,9	175,9	177,0	176,4	176,9
davon Ernährung . . .	"	"	"	220,2	183,0	181,4	180,0	178,9	178,4	178,0	177,7	177,0	177,0	176,6	176,8	176,0	175,7
Hausrat . . .	"	"	"	177,1	178,8	177,8	176,0	175,1	175,6	175,7	175,6	175,2	175,1	175,5	175,7	175,3	175,3
Bekleidung . . .	"	"	"														
Verkehr																	
Gütereingang, insgesamt . . .	W-B	1000 t	S	515,7	505,8	437,2	589,5	656,6	633,0	530,1	596,2	585,5	554,0	729,2	675,9	515,7	434,4
Eisenbahn . . .	"	"	"	264,6	269,0	230,2	260,3	251,0	260,8	190,0	297,7	279,1	230,9	379,6	382,6	220,0	211,8
Straße . . .	"	"	"	142,7	148,0	145,7	197,5	190,5	183,7	179,7	204,1	206,4	231,0	237,2	211,4	199,0	199,1
Binnenschifffahrt . . .	"	"	"	108,4	88,8	61,3	131,7	215,1	188,5	160,4	94,4	100,0	92,1	112,4	81,9	96,7	23,5
Güterausgang, insgesamt . . .	"	"	"	48,8	54,2	50,4	63,8	61,6	58,4	63,8	63,6	69,7	69,5	78,7	74,4	69,1	59,5
Eisenbahn . . .	"	"	"	16,9	15,9	15,8	22,2	21,5	15,9	14,0	13,3	13,1	14,7	21,9	18,3	17,0	14,9
Straße . . .	"	"	"	23,9	29,7	28,4	31,3	28,4	28,9	35,4	35,1	35,5	38,8	40,1	40,5	38,2	36,0
Binnenschifffahrt . . .	"	"	"	5,9	6,3	3,5	5,7	6,5	8,8	10,0	12,0	17,1	12,5	13,5	12,6	11,3	6,6
Luftfracht . . .	"	"	"	2,1	2,3	2,7	4,6	5,2	4,8	4,4	3,2	4,0	3,5	3,2	3,0	2,6	2,0
Post 6)	"	"	"														
Aufgegebene Telegramme . . .	"	1000	"	111	89	86	105	96	101	137	.	.	340	.	.	.	.
Aufgegebene Pakete . . .	"	"	"	786	538	589	798	699	644	520	.	.	1573	.	.	.	.
Fernsprech-Nahverkehr . . .	"	"	"	18675	17696	16772	18748	17400	17017	18707	.	.	54199	.	.	.	.
Einzahlungen (DM-West) . . .	"	1000 DM	"	169122	148277	135198	155620	151631	150920	156493	.	.	459252	.	.	.	.
West-Warenverkehr																	
Bezüge aus Westdeutschland . . .	W-B	Mill. DM	S	243,5	232,2	228,6	282,0	262,4	260,6	257,9	274,5	284,6	324,1	320,2	291,2	302,1	283,3
Lieferungen nach West-Deutschl. ausgeführt 7) . . .	"	"	"	93,4	102,5	100,9	116,7	102,8	101,3	118,8	113,3	116,3	126,5	136,9	130,7	131,4	122,5
Wert d. Ursprungsbescheinigg. 8)	"	"	"	161,9	148,2	150,7	191,0	181,1	160,7	161,0	177,2	187,2	220,3	249,4	218,1	198,8	163,1
Außenhandel																	
Export . . .	W-B	1000 \$	S	6723	6809	6109	7886	6423	6341	6290	6428	6570	8317	7078	6617	6740	6600
" . . .	"	1000 DM	"	28237	28597	25660	33123	26976	28731	26418	26998	27595	34932	29728	27791	28306	27718
Industrieproduktion																	
Gesamtlieferwert . . .	W-B	Mill. DM	S	248,4	236,9	249,0	299,0	272,0	240,9	239,3	244,0	283,2	325,6	335,3	308,9	296,8	268,6
Gesamtindex 9), arb.-tgl. 1938=100 . . .	"	"	"	54	49	55	61	62	57	51	49	60	70	68	71	65	60
dar. Elektrotechnik . . .	"	"	"	65	60	63	67	71	64	60	58	63	79	69	81	82	81
Maschinenbau . . .	"	"	"	54	43	42	45	48	48	44	44	46	48	48	51	56	43
Eisen- u. Metallwaren . . .	"	"	"	35	29	31	39	40	32	30	30	30	32	30	36	33	29
Feinmechanik u. Optik . . .	"	"	"	31	32	33	37	40	39	38	35	35	35	34	34	33	27
Stahlbau . . .	"	"	"	69	56	63	61	55	59	52	52	60	79	93	91	99	80
Bekleidung . . .	"	"	"	73	79	135	177	158	122	68	68	173	203	212	166	82	86
Druck . . .	"	"	"	27	24	24	23	25	24	22	22	22	25	29	31	30	28
Papierverarbeitung . . .	"	"	"	79	60	65	69	63	64	63	60	65	78	91	72	97	76
Chemie (o. Kunstfaser) . . .	"	"	"	94	94	103	96	06	107	104	95	101	113	114	132	111	105
Holzverarbeitung . . .	"	"	"	44	36	32	40	140	41	39	35	42	47	51	60	59	36
Auftragseingang . . .	"	1950=100	"	172	172	160	196	174	151	225	168	171	196	199	205	226	.
Stromerzeugung (Städt. Werke) . . .	"	Mill. kWh	S	120,3	119,1	104,0	105,9	91,9	89,3	87,3	86,7	88,4	91,2	103,7	111,3	126,0	124,0
Gaserzeugung . . .	"	Mill. cbm	"	29,2	28,7	26,3	29,0	26,6	25,7	24,4	23,9	25,3	26,6	27,2	27,5	30,0	+ 30,7
Baugewerbe 10)																	
Erwerbstätige . . .	W-B	Anzahl	E	33783	31876	33720	38747	40661	39996	41326	44874	47020	47814	49337	48697	42173	33648
dar. Arbeiter . . .	"	"	"	27673	26969	28868	33863	35673	35023	36318	39890	41959	42855	44395	43708	37258	28761
Tagewerke, insgesamt . . .	"	1000	S	638	557	528	837	829	819	835	930	991	1021	1083	1036	944	592
Enträumerung und Abbruch . . .	"	"	"	48	53	52	83	88	73	64	79	91	87	96	100	92	67
Sonstige . . .	"	"	"	590	504	476	754	741	746	771	851	900	934	987	936	852	525
Umsatz in DM West . . .	"	1000 DM-W	"	31059	21785	19688	24283	30438	29271	32648	36693	38769	41086	44224	44039	45767	28581
davon in Westberlin erzielt . . .	"	"	"	29702	20790	18707	23509	29512	28254	31689	35723	37676	40140	43184	42578	43905	27706
Arbeitsmarkt																	
Erwerbstätige, insgesamt . . .	W-B	1000	E	888	889	894	906	909	910	914	929	936	940	938	930	910	898
Selbst- u. mithelf. Fam. Angeh. . .	"	"	"	138	138	138	138	138	138	138	138	138	138	138	138	138	138
Arbeiter und Angestellte 11) . . .	"	"	"	750	751	756	768	771	772	776	791	798	802	800	792	772	760
Arbeitslose, insgesamt 12) . . .	"	"	"	268	259	251	240	247	247	242	227	220	209	207	213	228	230
in vH der Arbeitnehmer . . .	"	vH	"	26,3	25,6	25,0	23,8	24,2	24,2	23,8	22,3	21,6	20,6	20,6	21,2	22,8	23,2
Sozialversicherung 12) . . .	"	"	"														
Rentenempfänger . . .	"	1000	"	364	370	372	376	378	380	380	383	386	389	394	398	400	400
Ausgezählte Renten . . .	"	Mill. DM	"	32,2	31,5	38,5	32,6	33,5	36,0	34,4	34,2	34,3	34,0	34,5	34,6	33,1	34,5

*) W-B = West-Berlin, O-B = Ost-Berlin. — †) D = Monatsdurchschnitt, E = Monatsende, S = Monatssumme. — Kursive Zahlen: vorläufig oder geschätzt. —
o) Berichtigte Zahl.

1) Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr (ohne öffentl. Kredite). — 2) Einschl. Umlauf außerhalb West-Berlins. — 3) Vom Landesfinanzamt mitgeteilter Durchschnittskurs für 1 DM-West. — 4) Ab April 1952 mit den nach Westdeutschland überwiesenen Bundessteuern saldiert. — 5) Ab Januar 1953 Neuberechnung. — 6) Ab September 1953 Vierteljahresangaben. — 7) Auf Grund von Warenbegleitscheinen; ohne Durchgangsverkehr. — 8) Umsatzsteuerrückvergütungsberechtigte Lieferungen nach Westdeutschland einschl. Postversand. — 9) Viertelj. DIW-Index, ohne Gas- u. Stromerzeugung, Nahrungs- u. Genussmittel u. Bauwirtschaft, monatl. nach Lieferwerten fortgeschrieben. — 10) Ohne Baunebengewerbe. — 11) Ab März 1952 einschl. der anerk. polit. Flüchtlinge. — 12) Ab August 1952 ausschließl. Unfallrentenempfänger bzw. Unfallrenten.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Landesamt Berlin. — Senat der Stadt Berlin, Abteilungen Wirtschaft, Verkehr und Finanzen. — Landesfinanzamt Berlin. — Berliner Zentralbank. — Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.